

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verlagsamt: Gebr. Henckels, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen
„Nach der Arbeit“ und „Post und Zeit“ für einen halben Monat 1 Mk.
Einzeltarife 10 Pf.
Telegraphische Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile
30 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 1,50 Mk. für auswärtsige An-
zeigen 35 Pf. und 2 Mk. Familienanzeigen, Stellen- und Mietsgesuche
40 Pf. Rabatt. Für Beilagenlieferung 10 Pf.

Nr. 277

Dresden, Montag den 30. November 1925

36. Jahrg.

Hindenburg hat unterzeichnet

Der Reichspräsident hat am Sonnabend den „Vertrag von Locarno“ unterzeichnet. Auch die ihm aus allen deutschen Landesstellen zugegangenen Telegramme und Briefe, das „Dritte Versailles“ und die „Neue Schmach“ zu verhindern, hielten ihn nicht ab, nach seiner Ueberzeugung zu handeln, wie sie ihm von Luther eingegeben worden war. Die „Jahnen halbmaße!“ rief deshalb die Deutsche Zeitung am Sonntag. Das „nationale“ Deutschland ist enttäuscht, kaum sechs Monate nach dem Amtsantritt sieht Hindenburg allein auf weiter Flur, verlassen von seinem Anhang, der ihn einst landauf, landab als den „Retter“ pries. Also ist es geschehen: Das „Dritte Versailles“ trägt die Unterschrift des „Retters“. Es hat damit erst Rechtskraft erlangt. Alles sollte anders werden mit dem Augenblick, wo Hindenburg durch das Volk an die Spitze des Reiches berufen wurde. Aber wie die deutschnationalen Minister, so hat auch er an den bestehenden Verhältnissen in günstigem Sinne nichts ändern können. Gar nichts wurde „gerettet“; es ist im Gegenteil festzustellen, daß es in wirtschaftlicher Beziehung seit seinem Amtsantritt viel schlimmer geworden ist, kein Wunder, wenn jetzt im „vaterländischen“ Lager den endlosen Versprechungen die Enttäuschung folgt und selbst Hindenburg Drohbrieife erhält, wie sie bei Stresemann und Luther gang und gäbe sind. Sie müßten am Sonntag abend in aller Stille und unter strenger Geheimhaltung des Abreisezeitpunktes vom Lehrter Bahnhof aus die Fahrt nach London antreten, um den Auftrag des Reichspräsidenten zur Unterzeichnung des Vertrages auszuführen. Ihres Lebens sind sie nicht mehr sicher, trotzdem die von ihnen verfolgte Außenpolitik für unser Volk zweifellos das Beste will. Das ist die Frucht der unverantwortlichen Hege, wie sie seit Jahr und Tag von deutschnationaler und völkischer Seite getrieben wird, ohne daß sich der Reichspräsident bisher in einer öffentlichen Kundgebung dagegen gewehrt hat. Er hat nur selbst damit zu lehren! Nicht einmal ihm, dem 78-jährigen „Retter“, bleibt der Reich der „vaterländischen“ Meute erspart.

Der Beschluß des Reichsrates

Wegen den Beschluß des Reichsrates, von dem durch den Reichstag beschlossenen Gesetzentwurf über die Zustimmung zu den Locarno-Verträgen und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund Kenntnis zu nehmen, ohne Einspruch zu erheben, stimmen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Niederschlesien, Bayern

und Mecklenburg-Schwerin. Im Namen der bayerischen Regierung gab Gesandter von Preger folgende Erklärung ab:

„Die bayerische Regierung hat von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß das Gesetz über die Zustimmung zu den Locarno-Verträgen und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verfassungsmäßig ist. Nach den Beschlüssen des Reichstages ist das Gesetz mit einer Mehrheit angenommen worden, die der Zweidrittelmehrheit nicht entspricht. Meine Regierung hält infolgedessen einen endgültigen Beschluß des Reichstages nicht für gegeben und beantragt, um diesen Beschluß aus der Welt zu schaffen, Einspruch zu erheben.“

Der Gesandte von Mecklenburg-Schwerin schloß sich dieser Erklärung Bayerns an. Die Vertreter von Thüringen und Braunschweig machten ihre Zustimmung davon abhängig, daß die Besetzung der zweiten und dritten Zone nicht dauernd verläßt wird. Staatssekretär von Schubert erstreckte diese Bedenken. Die französische Regierung habe erklärt, daß sie unbedingt an ihren Zusagen festhalten würde, die Besetzung im allgemeinen im Rheinlande zu verringern, sie habe sich sofort mit den Militärbehörden in Verbindung gesetzt und ihre Zusage insbesondere auch auf Trier ausgedehnt.

Abreise der deutschen Delegation

D. Berlin, 30. November. (Eig. Funkpruch.) Reichsminister Dr. Luther und Reichsaussenminister Dr. Stresemann haben am Sonntag um 8 1/2 Uhr vom Lehrter Bahnhof aus die Reise nach London angetreten. In ihrer Begleitung befinden sich die Staatssekretäre Kempner und von Schubert. Zur Verabschiedung hatten sich unter anderem der französische Gesandte und der belgische und polnische Gesandte in Berlin eingefunden. Der Aufenthalt in London wird etwa drei Tage dauern, da sich an den Unterzeichnungstag noch Verhandlungen über Rückwirkungen im Rheinland anschließen sollen.

Verhandlungen über weitere Rückwirkungen

P. Paris, 30. November. (Eig. Funkpruch.) Briand, der sich am Montag nach London begibt, wird dort eine Reihe wichtiger Besprechungen mit den dort zur Unterzeichnung des Locarno-Vertrages anwesenden Außenministern haben, die den Gesamt-Komplex der in Locarno erörterten Probleme zum Gegenstand haben. Die Aussprachen werden sich auf die Abberufung der alliierten Militärkommission in Berlin erstrecken, die, wie verlautet, für den 15. November 1926 in Aussicht genommen ist.

Briands Regierungsprogramm

P. Paris, 30. November. (Eig. Drahtm.) Das Ministerium Briand hat in seiner Zusammenkunft nach einige Veränderungen erfahren, durch die das Schwerkraft der neuen Regierung noch etwas mehr gegen die Mitte zu verschoben wurde. Ministerpräsident und Außenminister ist Briand, Innenminister Chouteau, Justizminister Renault, Finanzen Loucheur, Kriegsmiester Painlevé, Marineminister Levasseur, Unterrichtsminister Daladier, öffentliche Arbeiten de Monzie, Handelsminister Daniel Vincent, Arbeitsminister Durand, Ackerbau Durand, Kolonien Perrier, Pensionsminister Jourdain. Danach ist in dem neuen Kabinett die demokratische Linke des Senats mit vier, die radikale Fraktion der Kammer mit drei, die republikanisch-sozialistische Fraktion, die radikale Linke und die gemäßigte Linke mit je zwei Ministern vertreten. Vier Mitglieder des neuen Kabinetts haben dem Ministerium Perrier, sieben dem Ministerium Painlevé angehört.

Die Regierungserklärung

P. Paris, 30. November. (Eig. Funkpruch.) Das neue Kabinett hat die Regierungserklärung beraten. An der Spitze steht die sofortige Ratifizierung und Inkraftsetzung der Verträge von Locarno. Auf innerpolitischen Gebieten verlangt die Regierung schleunige Verabschiedung der Wahlreform (Müller am Freitagabend), die seit Jahr und Tag verabschiedet wurde. Die baldige Verwirklichung der Verträge in Verbindung mit der Derabschließung der Dienstreise. Das finanzielle Problem wird in der Regierungserklärung nur kurz gestreift werden, da Loucheur eine Frist von mindestens 10 Tagen verlangt, um ein neues Finanzierungsprogramm aufzustellen. Loucheur, der einer der größten finanziellen Frankreichs ist und im Parlament nur über sehr geringe Sympathien verfügt, vertritt auf finanziellen Gebieten sehr fortschrittliche Ideen. Er ist ein entschiedener Gegner jeder neuen Inflation und will die Stabilisierung der Währung.

Abwartende Haltung der Parteien

Die Haltung der Parteien gegenüber dem neuen Kabinett ist abwartend. Die verschiedenen Parteien, unter denen es sich zusammengekommen ist, legen sowohl der Rechten wie der Linken Zurückhaltung auf. Im Lager der Rechten macht man das endgültige Urteil davon abhängig, ob sich Loucheur auch als Finanzminister für seine Partei, die er in der Opposition vertreten hat, einsetzen wird. Die Rechte ist bestimmt, daß Briand ihre Hoffnung auf einen endgültigen Frieden mit der äußeren Welt nicht erfüllt, sondern im Gegenteil mehr und mehr unterdrückt hat, auch die Sozialisten für die neue Regierung zu gewinnen.

Schöpferische Demokratie

Die Schweiz als Völkerbund-Vorbild

Ungeachtet dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie seien einige Nationalitätenstaaten die Unterdrückung völkischer Minderheiten fort, sie tun es sogar unter Benutzung einer Pseudo-Demokratie. Um so bemerkenswerter ist dieses Zeichnen, wenn dieselben Staaten am Völkerbund mitwirken. Sie tragen dadurch den Völkern in den Völkerbund eine Verfassung, die am Ziel vorbeiführt werden kann, innerstaatlich und zwischenstaatlich, das zeigt das Beispiel der Schweiz. Dürfen wir nun auf dieses Muster zeigen, wie die Schweiz zum Muster wurde, das ist aber wenig bekannt. Darum ist ein kürzlich erschienenen vortreffliches Buch von Weilenmann zu begrüßen, in dem die Ergebnisse der genauesten Forschung über die Herausbildung der schweizerischen Nationalität bis zu ihrer gegenwärtigen Verfassung niedergelegt sind.

Den Deutschen im Reich bestätigt die schweizerische Geschichte überdies, daß, wie der Verlust des Elsass und der Rheinlande, so auch der Schweiz dem Verfall der deutschen Demokratie und der Ausdehnung der Reichsmacht durch die deutschen Landesherren zuzuschreiben ist.

Kaufweg durch Demokratie

Die Schweiz umfaßt Splitter zweier großer Kulturregionen: Deutsche, Franzosen, Italiener, außerdem Katholiken (Katholiken, Romanen). Am Ursprung steht die germanische Gemeinlichkeit, dessen die Gemeinde selbstherrlich bleibt. Zusammenwirkend ertraben und erkämpften die Eidgenossen Befreiung von weltlichen und geistlichen Herrschern, um selber selbst herrschend aufzutreten, und diese Gemeinden sich zu unterwerfen, die minderen Ranges waren. Darunter freundschaftlich. Zur Verteidigung gegen äußere Gewalt werden auch die Unterworfenen herangezogen, sie haben die gemeinsame Herrschaft der Eidgenossenschaft schärfen gelernt, mögen nicht unter das Joch der Grafen, Fürsten und Bischöfe gerathen und bewahren Tugend. Wie die deutschen Eidgenossen sich von Österreich losgerissen hatten, so schloßen die italienischen Bundesgenossen der Eidgenossen 1480 das herzoglich-savoyenische Heer, also ihre eigenen Sprachgenossen. Die gleichen Anschauungen und Interessen hatten auch hier die Einheit der Sprachgrenzen zerbrochen und eine neue Verbindung aufgerichtet. So erlangen die Helfer der Eidgenossen Macht, erweiterung. Dem Bund des einfachen Volkes gelangt, was viele römische Könige vergeblich angestrebten hatten: Er bewirkt die politische Verbindung der Deutschen und der Italiener am Gotthard und sichert dadurch sein Gebiet militärisch. Im Jahre 1500 nimmt das italienische Veltlin die Eidgenossen auf, die Gotthardpolitik der deutschen Kaiser hatte ihre Erfüllung gefunden. So wird die italienische Schweiz erworben. Kehlich die französische. Rousseau und Gené rufen gegen ihre von Savoyen abhängigen Bischöfe die Eidgenossen an, beide Städte werden 1536 von Bern und Freiburg ins Burgrecht aufgenommen, aber zwischen den Schwyzern und den Schaffhausen liegt das Waadtland mit feudalen Institutionen Savoyens. Bern reißt die Waadtländer gegen ihre Herren auf, gewinnt so das Waadt.

Wer die Sprachschwierigkeiten. Kommt die unjüngliche deutsche Eidgenossenschaft durch den Zuwachs nicht im Gebirge? „Die Sprache wurde bei allen bedeutungslos gegenüber dem gemeinsamen Willen zur Freiheit.“ Die Freiheitskämpfe erwirbt den Deutschen die Sannpatrie der Welchen. Hatten die Berner nach dem Sempacher Krieg, als sie 1387 die unter französischem Kommando stehenden Habsburger Truppen besiegten, sich gefeigt: „Alles nützlich soll sie preisen“, so stimmten in den Krieg nun auch Romanen ein. Statt an der deutschen Staatsprache Anstoß zu nehmen, wollten die Romanen selbst als Deutsche gelten. Eschubi erfindet die Theorie der Staatsgemeinschaft aller Schweizer, ursprünglich hätten alle eine Sprache geredet; in welchen Gebieten wird gesagt, das Land sei ursprünglich deutsch gewesen und das Französische nur später eingebürgert. Im 16. Jahrhundert gilt im Waadt und in Freiburg Waadt als Schimpfwort.

Verfall im Obrigkeitssinn

Die befreiende Demokratie schloß das römische Empfinden am in Begeisterung für das Deutschtum. Als jedoch die Demokratie verfiel und schweizerische Geschlechter selbst Herren spielten, wendete sich das Blatt. Man nahm breite Schichten der Welchen gegen das Deutschtum Stellung, beim Ausbruch der französischen Revolution haben die Welchen und Deutschen in Waadt nichts Gemeinsames mehr. Wie die Erbfeindschaft deutscher Landesherren, so hatte die ible Ausführung deutsch-schweizerischer Patrier bei den schweizerischen Romanen das Deutschtum verächtlich gemacht und die Staatsgemeinschaft so zernichtet, daß die Konfessionsgemeinschaft stärker wurde als die Nation. Das verminderte rasch die anempfohlene Macht der Eidgenossenschaft. Als Ergebnis des Kräfteverfalls nach Deutschlands strengte Frankreich, damit das Deutsche Reich weiter geschwächt werde, 1648 die Schweiz von Bern. Hatte 1480 Frankreich erster Ludwig durch das Schweizer Deutschtum zum Verfall und Ausbruch der schweizerischen Nation erhaben, so erkannte 1777 Frankreich in Vertragverhandlungen mit der Schweiz die deutsche Sprache nicht an, französisch mußte verhandelt, französisch der Vertrag abgefaßt werden. „Damit hatte die Schweiz symbolisch auf Gleichberechtigung und Gleichberechtigung verzichtet“, sie mußte verzichten, weil der Bund erbärmlich schwach geworden war. „Seit die Obrigkeit, nicht mehr das Volk den Staat ausmachte.“

Zu erhebe jede Begeisterung der Romanen für die deutsche Staatsprache, „Volk und Staat waren einander fremd geworden“. Aufhebung gegen die Staatsprache wurde bei den Romanen demokratische Pflicht. Ein Zürcher Neidner hatte 1494 aus Freiburg berichtet, die früher romanische Stadt sei nun zum größten Teil deutsch geworden, deutsch bedeutete Freiheit, französisch Knechtschaft. Nun aber ging die Führung zur Freiheit auf die Wel-

* Hermann Weilenmann, Die vielsprachige Schweiz. Eine Lösung des Nationalitätenproblems. Mit Karte und 10 Aufnahmen der Sprachgrenzgebiete. 300 Seiten. Im Rhein-Verlag, Basel und Leipzig.

Provinzialwahlen in Preußen

Miserable Wahlbeteiligung

D. Berlin, 30. November. (Eigener Funkpruch.) Die am Sonntag in ganz Preußen mit Ausnahme von Berlin nachgewählten Provinzial- Landtags- und Kreislandtagswahlen sind ruhig verlaufen. Bedinglich in Westfalen kam es zu einem schweren Zusammenstoß zwischen einem kommunistischen Propagandisten und der Sicherheitspolizei, in dessen Verlauf es auf beiden Seiten Verletzte gab. Fünfzehn Kommunisten wurden in Westfalen verhaftet, während die badischen und die Berliner Wahlen weisen auf die Abstimmungen zu den Provinzial-Landtags- und Kreislandtagswahlen eine starke Wahlenthaltung auf. Die vorläufig vorliegenden Ergebnisse zeigen sogar eine stärkere Wahlenthaltung als sie bereits bei den letzten Wahlen zu beobachten war. Am stärksten haben prozentual die Reichsparteien und von ihnen wieder die Deutschen nationalen verloren, während Sozialdemokratie und auch das Zentrum prozentual im allgemeinen ihre bisherigen Stimmen halten konnten. Verhältnismäßig gut haben sich auch die Kommunisten behauptet. Geradezu katastrophal ist die Wahlenthaltung in Ostfalen, wo durchschnittlich nur 28 Prozent der Wähler an der Wahlurne erschienen sind. Noch schlimmer war es in einzelnen rheinischen Wahlkreisen, wo sogar nur Wahlbeteiligung von 20 Prozent gemeldet werden. Die Hauptursache haben hier in erster Linie die Reichsparteien zu verzeichnen. Es ist nicht ganz einfach, diese mangelhafte Wahlbeteiligung zu erklären. Als Gründe werden die Unruhe und kalte Witterung und nicht zuletzt auch die Abwesenheit der Wähler in den letzten Jahren angegeben. Das dies zutrifft, muß erst untersucht werden. Die Ergebnisse der einzelnen Provinzial-Landtage und Kreislandtage dürften erst im Laufe des heutigen Nachmittags über den Weg der Post zu erwarten sein. Wir begnügen uns vorläufig mit der Wiedergabe von einzelnen Ergebnissen.

Die Zusammensetzung der Provinziallandtage

Westfalen, 29. November. Die 118 Sitze des Provinziallandtags werden sich wie folgt verteilen: Sozialdemokratie 44 bis 55, Kommunisten 17, Demokraten 5, Zentrum 5 bis 6, Christlich-sozialistische 47, Volkspartei 3, Spener und Reimer 2, Es gibt 61 bis 62 Mitglieder der Linken 61 bis 63 Mitglieder der Rechten 61 bis 63 Mitglieder der Linken und 61 bis 63 Mitglieder der Rechten. Westfalen 64 Mitglieder der Linken und 64 Mitglieder der Rechten. Westfalen 64 Mitglieder der Linken und 64 Mitglieder der Rechten. Westfalen 64 Mitglieder der Linken und 64 Mitglieder der Rechten.